

**Studien aus dem Max-Planck-Institut
für Sozialrecht und Sozialpolitik**

Band 58

Daniela Schweigler

Das Recht auf Anhörung eines bestimmten Arztes (§ 109 SGG)

Dogmatische Einordnung und sozialgerichtliche Praxis eines umstrittenen Prozessinstruments



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: München, Univ., Diss., 2012

ISBN 978-3-8487-0177-3

1. Auflage 2013

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2012 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen.

Mein erster Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Ulrich Becker, LL.M. (EHI), Direktor des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik in München, der durch seine wertvolle Kritik und manche hartnäckige Diskussion maßgeblich zum Erfolg des Dissertationsprojekts beigetragen hat. Prof. em. Dr. Heinz Schöch danke ich für seine methodischen Hilfestellungen bei der Planung der empirischen Untersuchung und für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Das Thema der Arbeit geht zurück auf eine Anregung durch den Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern WEISER RING e.V. Mein besonderer Dank gilt dem Ehrenvorsitzenden des WEISSEN RING e.V., Herrn Prof. Dr. Reinhard Böttcher und Frau Rechtsanwältin Barbara Wüsten, die wertvolle Hinweise zur Konzeption der Befragung lieferten.

Empirische Untersuchungen sind im besonderen Maße auf die Mitwirkung Dritter angewiesen. Mein herzlicher Dank gilt daher den Verantwortlichen an den Sozialgerichten und Landessozialgerichten, die die Erhebung erst möglich gemacht haben, ebenso wie allen Richterinnen und Richtern und Prozessbevollmächtigten, die sich an der Befragung beteiligt haben. Besonderer Dank geht an Frau Renate Gürtner, Präsidentin des Sozialgerichts München a.D., für die Unterstützung bei der Durchführung des Pretests. Frau Eva Ulbrich danke ich für die Hilfe bei der Erfassung der Fragebögen in SPSS.

Das Arbeitsumfeld am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik war für mich sowohl wissenschaftlich äußerst anregend als auch zwischenmenschlich eine besondere Bereicherung. Aus der Zusammenarbeit ist manche Freundschaft hervorgegangen. Ich freue mich auch über die Promotion hinaus auf den fachlichen wie den persönlichen Dialog.

München im Januar 2013,
Daniela Schweigler

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	15
Tabellenverzeichnis	16
Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	25
A. Problemstellung	25
B. Forschungsfrage	28
C. Methodik	30
I. Rechtsdogmatische Untersuchung	30
1. Ziel der Auslegung	30
2. Zentrale argumentative Gesichtspunkte	33
II. Empirische Untersuchung	34
1. Teil: Rechtsdogmatische Untersuchung	37
Kapitel 1. Einführung in Inhalt und Grenzen des Antragsrechts	37
A. § 109 SGG als besonderes Beweisantragsrecht	37
B. Inhalt des Antrags und Einholung des Gutachtens	38
C. Ablehnung nach § 109 Abs. 2 SGG	40
I. Objektiv: Verzögerung des Verfahrens	40
II. Subjektive Voraussetzungen	41
III. Rechtsfolge: Ermessen	43
Kapitel 2. Entstehungsgeschichte	44
A. Bedeutung des historischen Kontextes	44
B. Entstehungsgeschichte des § 1681 § RVO	45
I. Ausgestaltung als Ermessensvorschrift in der RVO vom 19.7.1911	45
1. Ursprung im Verwaltungsverfahren	45
a) Unfallversicherung	45
aa) Feststellungsverfahren	45
bb) Einspruchsverfahren	47
b) Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung	51
2. Aufnahme in das Spruchverfahren	52
II. Ausgestaltung als zwingendes Antragsrecht mit Reform vom 14.7.1925	54

C. Entstehungsgeschichte des § 104 des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen	54
D. Zusammenfassung: Erwägungen des historischen Gesetzgebers	55
E. Entwicklung nach Inkrafttreten des Grundgesetzes	56
I. Übernahme ins Sozialgerichtsgesetz und Schaffung der Ablehnungsmöglichkeit	56
II. Jüngste gesetzgeberische Äußerungen	57
F. Entwicklung im Verwaltungsverfahren	59
G. Zur Übertragbarkeit der ursprünglichen Überlegungen auf das heutige sozialgerichtliche Verfahren	60
 Kapitel 3. § 109 SGG als Ergänzung der Sachverhaltsaufklärung von Amts wegen	 62
A. Problemlage	62
B. Öffentliches Interesse als Geltungsgrund für die Untersuchungsmaxime	63
I. Dem Untersuchungsgrundsatz zu Grunde liegende Prinzipien	63
1. Befriedigungsfunktion als übergeordnete Zwecksetzung gerichtlicher Verfahren	63
2. Öffentliches Interesse als Grund und Grenze gerichtlicher Aufklärungspflichten	65
a) Reichweite der Befriedungswirkung als Maßstab für die Ausgestaltung des Verfahrens	66
aa) Funktionsweise der Befriedigungsfunktion gerichtlicher Verfahren:	
objektive und subjektive Befriedigung	66
bb) Folgen für die Ausgestaltung des Verfahrens	68
cc) Die betroffenen Personenkreise	68
b) Folgen für die gerichtliche Verantwortung für die Sachverhaltsaufklärung	70
II. Positivrechtlicher Niederschlag im Verfahrensrecht	72
1. Zivilsachen	72
a) Grundsatz: Verhandlungsmaxime	72
b) Untersuchungsgrundsatz in Familiensachen	73
2. Arbeitsgerichtliches Verfahren	75
a) Verhandlungsmaxime im Urteilsverfahren	75
b) Untersuchungsgrundsatz im Beschlussverfahren	77
3. Verwaltungsprozess	78
4. Sozialgerichtliches Verfahren	81
5. Steuerprozess	82
6. Strafprozess	83
III. Ergebnisse	85

C. Schlussfolgerungen zum Verhältnis von § 103 SGG und § 109 SGG	85
I. Keine Einschränkung der Amtsermittlungspflicht	86
II. Kein Ausschließlichkeits-, sondern Ergänzungsverhältnis	88
 Kapitel 4. § 109 SGG als Gewährleistung prozessualer Chancengleichheit	90
 A. Der Grundsatz prozessualer Chancengleichheit	90
I. Begriffsklärung	90
1. „Chancen“- statt „Waffengleichheit“	90
2. Gegenständlicher Anwendungsbereich: prozessualer Raum	91
3. Zeitlicher Anwendungsbereich: Hauptverfahren	92
4. Begriffe „prozessual“, „formal“, „materiell“	94
II. Zwecke und Gewährleistungsgehalt prozessualer Chancengleichheit	95
1. Die Zwecke prozessualer Chancengleichheit	95
a) Objektivrechtliche Ebene: Erzielung richtiger Prozessergebnisse	95
b) Subjektivrechtliche Ebene: Gewährleistung eines fairen Verfahrens	96
2. Der Gewährleistungsgehalt prozessualer Chancengleichheit	98
a) Die „prozessuale Stellung“	98
b) Materielle Gleichstellung in Bezug auf die Einflussnahmehandlungen	102
c) Zusammenfassung der Ergebnisse	105
B. Prozessuale Chancengleichheit und Untersuchungsgrundsatz	106
I. Grundsätzliche Geltung in allen gerichtlichen Verfahren	106
II. Unterschiede in der Wirkungsweise	107
III. Verhältnis zum Untersuchungsgrundsatz	108
C. Prozessuale Chancengleichheit im sozialgerichtlichen Verfahren	111
I. Strukturelles Ungleichgewicht zwischen den Parteien	111
II. Folgen für die prozessuale Chancengleichheit im sozialgerichtlichen Verfahren	114
D. § 109 SGG als Mittel zur Herstellung prozessualer Chancengleichheit	115
 Kapitel 5. Die Gewichtung der Funktionen und ihr Niederschlag in der Auslegung des Antragsrechts	118
 A. Der Verbrauch des Antragsrechts	118
B. Ablehnung des benannten Arztes wegen der Besorgnis der Befangenheit	121
I. Grundsätze	121
II. Teleologische Reduktion im Rahmen von § 109 SGG	122
C. Die Kostentragung für das Gutachten nach § 109 SGG	124
I. Umsetzung des Ergänzungsscharakters auf Kostenebene	124
1. Kostenvorschuss	124
2. Endgültige Kostentragung	126

3. Keine Gewährung von Prozesskostenhilfe	129
II. Bedeutung der Kostensystematik für die prozessuale Chancengleichheit	130
 2. Teil: Empirische Untersuchung	133
 Kapitel 6. Gegenstand und Methode der empirischen Untersuchung	133
A. Gegenstand der empirischen Untersuchung	133
I. Dimensionale Analyse des Untersuchungsgegenstands	133
II. Die einzelnen Dimensionen	134
1. „Prozessverlauf“	134
2. „Prozessausgang“	136
3. „Chancengleichheit“	136
4. „Rechtsfrieden“	137
5. „Kosten“	138
B. Methodische Anlage der empirischen Untersuchung	138
I. Erhebungsinstrumente	138
1. Problemzentrierte Experteninterviews	138
2. Schwerpunkt: Standardisierte Befragung von Richterinnen / Richtern und Bevollmächtigten der Klagepartei	140
II. Methodische Konzeption der standardisierten Befragung	141
1. Semantische Analyse und Operationalisierung	141
2. Verwendete Skalentypen	142
3. Stichprobenbildung und Verteilung der Fragebögen	145
a) Stichprobe	145
b) Verteilung der Fragebögen durch die Gerichte	148
III. Durchführung der standardisierten Befragung	149
1. Pretest am Sozialgericht München	149
a) Anlage des Pretests	149
b) Rücklauf und Erkenntnisse	149
c) Schlussfolgerungen für die bundesweite Befragung	150
2. Bundesweite Befragung	151
a) Ablauf	151
b) Modifizierungen an den Sozialgerichten Berlin und Freiburg	151
 Kapitel 7. Vorgehensweise bei der Auswertung	153
A. Verwendetes Statistikprogramm	153
B. Bildung von Indizes	153
I. Test auf Itemschwierigkeit	154
II. Test auf Trennschärfe	155

III. Test auf Homogenität	155
IV. Reliabilität des Gesamtindex	156
C. Hypothesentests und deskriptive Auswertung	157
I. Hypothesentests	157
II. Deskriptive Auswertung	159
 Kapitel 8. Auswertung allgemeiner Merkmale des Samples	160
 Kapitel 9. Auswertung in der Dimension „Prozessverlauf“	169
A. Verfahrensdauer	169
I. Einfluss der Gutachten nach § 109 SGG	169
1. Operationalisierung des Verzögerungsbegriffs und Hypothesenbildung	169
2. Ergebnisse	171
II. Regionale Besonderheiten	173
B. Die gerichtliche Sachverhaltsaufklärung von Amts wegen	176
I. Vorgehensweise der Gerichte und Auswahl der Sachverständigen	176
II. Anzahl und medizinische Fachgebiete der Gutachten nach § 106 SGG	178
III. Einschätzung der Prozessbevollmächtigten	179
1. Erlebnis der Begutachtung nach § 106 SGG durch die Klägerin bzw. den Kläger	179
2. Einschätzung der Qualität des Gutachtens nach § 106 SGG durch die Bevollmächtigten	181
C. Sachverständigengutachten und medizinische Stellungnahmen des Sozialleistungsträgers	183
I. Anzahl	183
II. Bewertung der Qualität durch die Richterinnen und Richter	185
D. Sachverständigengutachten nach § 109 SGG	188
I. Anzahl und medizinische Fachgebiete	188
II. Motive und Erwartungen der Klägerinnen und Kläger und Ihrer Bevollmächtigten	190
III. Inhalt des Gutachtens nach § 109 SGG	193
1. Methodische Vorbemerkungen	193
2. Ergebnisse	195
IV. Einschätzung der Qualität durch die Richterinnen und Richter	196
V. Bedeutung des Zeitfaktors	200
 Kapitel 10. Auswertung in der Dimension „Prozessausgang“	202
A. Einfluss des Gutachtens nach § 109 SGG auf die Erledigungsart	202

B. Einfluss des Gutachtens nach § 109 SGG auf den Klageerfolg	208
C. Einschätzung der Befragten	213
 Kapitel 11. Auswertung in der Dimension „Prozessuale Chancengleichheit“	215
A. Verhältnis der Einflussnahmemöglichkeiten der Parteien	215
I. Numerisches Verhältnis der von den Parteien veranlassten medizinischen Gutachten	215
II. Einschätzung der Qualität der Stellungnahmen durch die Richterinnen und Richter	217
B. Wahrnehmung der eigenen Subjektstellung durch die Klägerinnen und Kläger	218
 Kapitel 12. Auswertung in der Dimension „Rechtsfrieden“	222
A. Subjektive Befriedung der Klagepartei	222
I. Operationalisierung und Indexbildung	222
1. Operationalisierung der „subjektiven Befriedung“	222
2. Verwendete Indizes	224
a) Akzeptanz-Index (Bevollmächtigte)	224
b) Akzeptanz-Index (Richter/innen)	225
c) Zur Verwendung zweier verschiedener Indizes	226
II. Einfluss der Erledigungsart	227
III. Einfluss der Gutachten nach § 109 SGG	231
1. Befriedungsfördernde Erledigungsarten	231
2. Akzeptanz eines ganz oder teilweise erfolglosen Verfahrensausgangs	232
a) Einschätzung der Bevollmächtigten	232
b) Einschätzung der Richterinnen und Richter	235
3. Geplante erneute Antragstellung bzw. Einlegung von Rechtsmitteln	239
B. Objektive Befriedung	241
 Kapitel 13. Auswertung in der Dimension „Kosten“ und allgemeine Einschätzungen der Befragten	242
A. Auswertung in der Dimension „Kosten“	242
I. Kostenvorschuss und endgültige Kostentragung	242
II. Bedeutung von Rechtsschutzversicherungen	243
B. Auswertung allgemeiner Einschätzungen der Befragten	244
I. Indexbildung	244
1. Index: Allgemeine Bewertung von § 109 SGG durch die Richter/innen	244

2. Keine Konstruktion eines entsprechenden Index für die Bevollmächtigten	245
II. Gegenüberstellung der Einschätzungen von Richterinnen bzw. Richtern und Bevollmächtigten	246
III. Nähere Betrachtung der Einschätzungen der Richterinnen und Richter	247
1. Besonderheiten nach Tätigkeitsdauer	248
2. Regionale Besonderheiten	248
Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit	250
 A. Ergebnisse der rechtsdogmatischen Untersuchung	250
I. Inhalt und Grenzen des Antragsrechts	250
II. Entstehungsgeschichte	250
III. § 109 SGG als Ergänzung der Sachverhaltsaufklärung von Amts wegen	252
IV. § 109 SGG als Gewährleistung prozessualer Chancengleichheit	253
V. Niederschlag der Gewichtung der Zwecke in der Auslegung	255
B. Ergebnisse der empirischen Untersuchung	257
I. Prozessverlauf	257
II. Prozessausgang	259
III. Chancengleichheit	260
IV. Rechtsfrieden	261
V. Kosten	263
VI. Allgemeine Einschätzungen der Befragten	263
C. Zum Verhältnis der dogmatischen und empirischen Erkenntnisse zueinander	264
I. Übereinstimmungen und Diskrepanzen	264
II. Rückwirkungen der empirischen Erkenntnisse auf die Dogmatik	266
1. Problemstellung	266
2. Unterscheidung zwischen empirischen und nicht-empirischen Prämissen	266
3. Schlussfolgerungen	270
a) Das Antragsrecht als Gewährleistung prozessualer Chancengleichheit	270
b) Das Verhältnis der Sachverhaltsaufklärungs- zur Chancengleichheits-Funktion	271
c) Ermessenskriterien im Rahmen der Vorschusserhebung	272
III. Fazit	273
Literaturverzeichnis	275
Anhang	285

A. Fragebögen	285
I. Fragebogen Richterinnen und Richter	285
II. Fragebogen Prozessbevollmächtigte	301
B. Interview-Leitfaden für Experteninterviews	320